Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

[illegible]konto: Dresden, [illegible] Nr. 1268. — Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6,00 M., durch die Post [illegible] vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 M. Einzelnummer 60 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Nonpareillezeile 2,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 40 Pf.

Nr. 78 — Dresden, Dienstag den 5. April 1921 — 32. Jahrg.

Die sächsische Regierungsmehrheit

Das unverantwortliche Verhalten der Kommunisten bei [illegible] der verflossenen Tage hat die Frage ins Rollen gebracht, wie sich die Partei zu einer Regierungsmehrheit [illegible] haben soll, die nur so lange möglich ist, wie dieselben [illegible] mitspielen, die eine gewaltsame Erhebung [illegible] haben, die sich sowohl gegen die jetzige Regierung wie [illegible] richtete, auf der der sächsische Landtag beschäftigung mit richtete, auf der der sächsische Landtag [illegible]. Wir haben bereits an anderer Stelle beiläufig darauf [illegible], daß darüber eine klärende Prüfung erforderlich [illegible]. Jetzt nimmt zu dieser Frage auch der frühere demokratische Abgeordnete Dr. Menke-Glückert das Wort, um [illegible] Hinweis auf die von den Kommunisten angerichteten [illegible] die Frage an die Sozialdemokratie zu stellen, wie weit [illegible] weiteres Zusammenarbeiten mit den Kommunisten [illegible] Taten für möglich hält. Im Zusammenhang damit führt er weiter aus:

Will die Sozialdemokratie nun weiterhin [illegible] Partei als stillen Teilhaber in der Regierung haben, deren Vorgehen sie in ihrer Presse [illegible] verbrecherisch brandmarkt? Die Sozialdemokratie [illegible] den Tagen der Revolution immer wieder betont, Träger [illegible] Gedankens sein zu wollen. Sie hat sich [illegible] gegen jede Putschtaktik ausgesprochen. Der Sozialismus [illegible] die Frucht organischer Entwicklung sein. Wie will [illegible] solchen Äußerungen ein Zusammengehen mit den Kommunisten [illegible]? Die Kluft, die die sozialistischen [illegible] Parteien trennt, ist tiefer und breiter als [illegible] Partei. Die Sozialdemokratie hat aber noch [illegible]. Trifft sie jetzt keine Entscheidung [illegible] nicht energisch von den Kommunisten ab, dann [illegible] ihre Bündnisfähigkeit mit jeder Partei rechts [illegible] in schwere Gefahr, und das erfüllt jeden mit schwerer [illegible] für Sachsen. Für jeden Einsichtigen steht außer [illegible], und die Erfahrungen der letzten Wochen haben das wieder [illegible] bewiesen, daß Sachsen nicht rein sozialistisch [illegible] werden kann. Dazu ist der Sozialismus [illegible] zu wenig geschulte Arbeitskräfte zur Verfügung, [illegible] kann Sachsen rein bürgerlich regiert werden. Dazu [illegible] dem Bürgertum das erforderliche Vertrauen der Arbeiterschaft.

Sodann tritt Menke-Glückert für eine Verständigung zwischen dem Bürgertum und den sozialistischen Parteien ein [illegible] dazu aus:

Die Lage der Dinge in Sachsen zwingt im Interesse der Arbeiterschaft wie des Bürgertums [illegible] und sozialistische Parteien dazu, eine Verständigung zu suchen und gemeinsam zum Wohle des Ganzen zusammenzuarbeiten.

Wir sind keineswegs geneigt, diese Einwände als unwesentlich beiseite zu werfen. Will man aber Vorschläge [illegible] für eine spätere Neugestaltung, muß man zuber[illegible] wie jetzt die Dinge liegen. Dr. Menke-Glückert geht unausgesprochen von der Ansicht aus, daß [illegible] eine organisch gegliederte Regierungsmehrheit [illegible] den sozialistischen Parteien und den Kommunisten [illegible]. Das ist aber nicht der Fall. Die seitherige Regierungsmehrheit ist zwar ohne die Kommunisten nicht möglich, ein formell abgeschlossenes Bündnis aber hat nicht bestanden. Eine gewisse Verständigung mag über manche [illegible] auch mit den Kommunisten vorher gesucht worden [illegible], weiter aber ist die Koalition nicht gegangen. Im [illegible] suchte sie zumeist wohl noch darauf, es den Kommunisten zu überlassen, wie sie stimmen wollten. Allerdings [illegible] die kommunistische Zustimmung bei wichtigen Entscheidungen als sicherer Faktor in Rechnung gestellt, wohl vielfach, ohne daß vorher eine Vereinbarung stattgefunden hatte. [illegible] die Kommunisten auch in Zukunft für die weitestgehenden Anträge sozialistischer Richtung stimmen, wird [illegible] an dem seitherigen Verhältnis nicht viel ändern, auch [illegible] durch das jüngste Treiben der Kommunisten noch ein [illegible] Trennungsstrich zwischen uns und ihnen gezogen wird.

Das aber halten wir für unbedingt geboten. Scharf [illegible] unzweideutig muß insbesondere zum Ausdruck kommen, [illegible] wir die kommunistische Putschpolitik der jüngsten Zeit [illegible] das schärfste verurteilen und die kommunistischen Drahtzieher für die Greuel und das namenlose Unglück, das sich [illegible] Folge dieser verbrecherischen Hetze eingestellt hat, verantwortlich machen. Eine solche Haltung ergibt von selbst, [illegible] die Schuldigen auch der erforderlichen Sühne zugeführt werden und in dieser Zeit alle Annäherungsversuche zum Schweigen kommen müssen, auch wenn sie auf [illegible] Vereinbarungen beruhen.

Eine klare Haltung dieser Art kann das Verhältnis zwischen der Sozialdemokratie und den Kommunisten anders [illegible] wie seither. Das muß abgewartet werden, keinesfalls aber darf eine etwaige Befürchtung wegen einer kommunistischen Botheitspolitik unsre entschieden verurteilende [illegible] zu den verbrecherischen Handlungen der Kommunisten irgendwie beeinflussen. Was sich daraus für eine [illegible] ergibt, läßt sich mit Sicherheit noch nicht voraussehen. Noch wie vor aber geht unsre Absicht dahin, mit den Unabhängigen zusammenzuarbeiten. Dabei hoffen wir, [illegible] uns in der Erkenntnis vereint zu finden, daß eine entschiedene Abwehr gegen die Kommunisten erforderlich ist.

Damit ist freilich noch nichts entschieden und insbesondere die Frage der Schaffung einer zuverlässigen Regierungsmehrheit noch in keiner Weise gelöst. Diese ist [illegible] unsicherer denn je. Vielleicht bietet hier der Artikel von Dr. Menke-Glückert eine Aussicht, die auch für die Unabhängigen Anlaß zu ernsten Erwägungen sein müßte. Wenigstens aus einem Satze spricht deutlich die Bereitwilligkeit einer Zusammenarbeit wenigstens der Demokraten mit den beiden sozialistischen Parteien. Voraussetzung dafür wäre aber freilich, daß die Demokraten nicht in der seitherigen Weise mehr in das von der Rechten gestimmte bürgerliche Horn tuten, wie sie es früher vielfach getan haben. Größeres Verständnis für Arbeiterfragen und sozialistische Forderungen müßte erwartet werden. Käme auf solcher Grundlage eine Verständigung mit den Demokraten zustande, dann würde sich im übrigen sonst nicht viel zu ändern brauchen. Das Verhältnis zu den Kommunisten müßte so werden, wie es sich aus der durch ihr Treiben gegebenen Situation gestaltet. Wenn die Demokraten noch der früheren Ansicht sind, daß sie in der Beteiligung an der Regierung ein Haar gefunden haben, und sie bei ihrer jetzigen Stärke keine Neigung mehr fühlen, in das Ministerium einzutreten, brauchte sich in der Zusammensetzung der jetzigen Regierung gar nichts zu ändern. Es würde dann eine sozialistische Regierung bestehen, die zwar bei ihren Entschließungen berücksichtigen müßte, daß ihre Vorlagen von der Zustimmung der Demokraten abhängig sind; gegenüber dem jetzigen Zustande einer von Zufallsmehrheiten bestimmten unheilvollen Zickzackpolitik wäre das entschieden ein Vorteil.

Wir würden es allerdings lieber sehen, wenn es möglich wäre, eine zuverlässige sozialdemokratische Mehrheit zu schaffen; da das aber unter den jetzigen Verhältnissen kaum erreichbar ist, erscheint uns eine Verständigung mit den Demokraten auf der geschilderten Basis zwar als kein idealer, aber immerhin als ein Ausweg, der sicherer zu begehen wäre, als eine von Zufallsentschließungen abhängige Regierungspolitik.

n.

Sturmszenen im sächsischen Landtage

Der sächsische Landtag nahm seine Sitzung nach der Osterpause wieder auf. Gleich nach der Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten Fräßdorf kam es zu stürmischen Szenen. Der Kommunist Siewert meldete sich zur Geschäftsordnung und erklärte, in den letzten Tagen hätte man in den Zeitungen ein furchtbares Geschimpfe über die Kommunistische Partei erleben können. Die Kommunisten seien, so habe es geheißen, Verbrecher. (Erhaltenes „Sehr richtig!" bei den bürgerlichen Parteien.) In Wirklichkeit sind die Kommunisten ein Teil derjenigen, die das Zustandekommen der sächsischen Regierung ermöglicht haben. (Leider! bei den bürgerlichen Parteien.) Wir haben somit ein großes Interesse, daß die heutige Tagesordnung etwas geändert werden möchte. Auch in bürgerlichen Zeitungen wird gewünscht, daß über die gegenwärtige politische Situation eine sofortige Aussprache erfolgt. Diesem Wunsche kommen meine Parteifreunde gern entgegen, um zu zeigen, wo in Wirklichkeit die Verbrecher sitzen. (Anhaltender Lärm im ganzen Hause. Der Präsident schlägt fortgesetzt mit dem Hammer auf den Tisch und ersucht den Redner, nun seinen Geschäftsordnungsantrag einzubringen.)

Der Redner läßt sich aber nicht beirren, sondern spricht unaufhörlich weiter, während im Hause der Tumult kein Ende nimmt. Er spricht dann von verbrecherischem Treiben der Agenten der Regierung, worauf ihm von der rechten Seite zugerufen wird: „Frechheit! Raus, raus mit ihm!" Der Präsident unterbricht erneut den Redner und ersucht nochmals, nun endlich seinen Geschäftsordnungsantrag einzubringen. Unter ungeheurem Tumult im ganzen Hause gehen die weiteren Ausführungen des Redners zum großen Teil verloren, der u. a. die sofortige Freilassung der im Leunawerk festgenommenen Arbeiter verlangt. Die Regierung sollte hier mit allen Mitteln eingreifen. Als der Redner trotz wiederholtem Einspruch des Präsidenten nicht aufhört, weiter zu sprechen, erheben sich fast sämtliche Abgeordneten der rechten Seite und verlassen den Sitzungssaal. Endlich schließt der Redner, worauf der Präsident bemerkt: „Damit hat es wohl sein Bewenden!" (Sehr richtig! von allen Seiten des Hauses.)

Präsident: Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein. Unter stürmischen Protesten der Kommunisten verlangen diese die Abstimmung über den Antrag. Der Präsident: Es liegt gar kein solcher Antrag vor. Darauf bringt einer der Kommunisten einen Antrag auf den Tisch des Präsidiums, der aber zurückgewiesen wird, weil er nicht den Vorschriften entspricht. Darauf verlassen die Kommunisten unter großem Tumult und stürmischem Protest den Sitzungssaal. Der Kommunist Siewert erklärt noch: „Ich stelle fest, daß Sie das Treiben der weißen Bande gutheißen!"

Der Präsident: Ich lasse mich nicht [illegible]!

Von der Tribüne ruft einer: „Schämen Sie sich, Fräßdorf!"

Es wird nunmehr in die Tagesordnung eingetreten.

daß die Sozialdemokratie in die Opposition gehen würde. Die [illegible] erwähnte Homogenität der bürgerlichen Minderheitsregierung in Preußen mit der im Reiche wäre dadurch erreicht. Andere Blätter versuchen, der Sozialdemokratie das Zusammengehen mit der Volkspartei möglichst schmackhaft zu machen, indem sie betonen, daß ihr durch das Stürzen der bürgerlichen Regierung im Reich schon längst die Mitverantwortung mit übertragen worden wäre, und nun die Sozialdemokratie die beste Gelegenheit hätte, aus ihrer Oppositionsstellung herauszukommen und sowohl in Preußen wie im Reiche mit der Volkspartei Hand in Hand zu gehen.

Die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber der Volkspartei hat sich nicht geändert. Die sozialdemokratische Fraktion, so schreibt der Vorwärts gestern abend, wird von ihrem Standpunkt nicht abgehen, da sie nur mit Politikern zusammenwirken kann, die sich entschieden zur demokratischen Republik bekennen, und sie wird keine Regierungsvorschläge mitmachen, die die begonnene Demokratisierung der preußischen Regierung aufzuhalten oder gar rückgängig zu machen versucht.

Das volksparteiliche Stinnesblatt, die Deutsche Allgemeine Zeitung, deutet diesen eindeutigen Ausspruch des Vorwärts als [illegible] der Sozialdemokratie, und glaubt, daß die Entscheidung jetzt bei der Deutschen Volkspartei liege, deren Stellung in dieser Frage nach jeder Richtung hin geklärt ist. Ob diese Auffassung der Forderung des Vorwärts mit der der Volksparteifraktion übereinstimmt, entzieht sich unserer Kenntnis. Es wäre aber nicht das erstemal, daß sich die volksparteiliche Presse im Gegensatz zu ihrer Partei befindet.

Während des mitteldeutschen Aufstandes entfaltete die volksparteiliche Presse, besonders die [illegible], eine heftige Kampagne gegen die Maßnahmen der preußischen Regierung, die das Reichskabinett und mit ihm die volksparteilichen Minister ausdrücklich als die einzig richtige anerkannte, und so fiel die Volksparteipresse ihren Ministern direkt in den Rücken. Die nächsten Tage werden zeigen, ob die Volkspartei gewillt oder überhaupt in der Lage ist, die vom Vorwärts ausgesprochenen Forderungen anzunehmen, wie sie wohl die Demokratische Partei wie auch das Zentrum als republikanische Partei selbstverständlich unterschreiben würden.

Das große Rätselraten

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 5. April. Die Frage der Regierungsbildung in Preußen beschäftigt seit Sonnabend voriger Woche die Fraktionen der bisherigen Regierungsparteien. Es fanden allerlei Vorbesprechungen statt, in denen über die Fühlungnahme mit der Deutschen Volkspartei beraten wurde. Dabei hat es allgemein überrascht, daß die Volkspartei wieder mit ihrem alten Schlagwort: Fachminister, herausgekommen war. Am Sonntag hatten drei führende Männer der Mehrheitsparteien auf ihren Wunsch eine Besprechung bei dem Reichspräsidenten Ebert. Das Ergebnis wurde für vertraulich erklärt. Die Beratungen wurden heute morgen fortgesetzt. Die Lage ist noch vollkommen unübersichtlich.

Das große Rätselraten über die Neubildung der Regierung in Preußen hat seit Tagen schon in der Berliner Presse eingesetzt. Einige Blätter, die das Gras wachsen hören, wußten zu berichten,

Freie Tabakwirtschaft

Bremen, 5. April. Der Reichswirtschaftsminister hat nach längeren Verhandlungen mit den Vertretern des Tabakgewerbes die gebundene Wirtschaft im Tabakgewerbe ab 1. Juli 1921 aufgehoben. Aus führenden Kreisen der Tabakindustrie wird hierzu mitgeteilt, daß diese Entscheidung im allgemeinen Interesse zu begrüßen sei, weil sich nunmehr die Tabakindustrie freier entwickeln kann, daß aber der Markt der Industrieerzeugnisse dadurch nicht berührt wird. Die Einfuhr von Tabak hängt wieder nach unten allen Zwangsvorschriften, aber diese bilden kein Hindernis mehr für die freie Tabakeinfuhr. Der Preis der Zigarren und Zigaretten wird durch die Einführung der freien Wirtschaft weder erhöht noch vermindert werden, sondern bleibt unberührt, weil er ausschließlich von der Höhe der Steuern abhängt.

Zusammentritt des Sondergerichts in Berlin

Berlin, 5. April. Im Schwurgerichtssaale des Moabiter Kriminalgerichtes tritt morgen das außerordentliche Gericht zusammen, das aus Anlaß der kommunistischen Unruhen über den Bezirk Berlin eingesetzt worden ist. Vor ihm werden sich 500 Angeklagte zu verantworten haben. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Braun, der den Schwurgerichtsprozeß gegen den früheren Oberleutnant Vogel geleitet hat. Es sind umfangreiche Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden, um Zwischenfälle zu vermeiden.

Ein Ultimatum an Ungarn

Prag, 4. April. Laut Meldung des dem Minister des Aeußern nahestehenden tschechischen Montagblattes hat die kleine Entente auf Antrag der Tschecho-Slowakei an die ungarische Regierung ein mit 48 Stunden befristetes Ultimatum zur Liquidierung der Angelegenheit des Exkaisers überreicht. Die tschecho-slowakischen und südslawischen Militärbehörden haben die nötigen Vorbereitungen getroffen. Im Ultimatum werden definitive Regelung der Habsburgerfrage und dauernde Garantien verlangt.

Der Hofzug bereit

Aus Steinamanger wird gemeldet: Karl wird Dienstag früh 9½ Uhr, nach der Schweiz abreisen. Die Temperatur des Exkönigs ist auf 37,8 Grad gefallen. Der Hofzug, aus drei Salonwagen bestehend, ist aus Budapest in Steinamanger bereits eingetroffen.

Karl wird vor Verlassen des Landes eine Proklamation an das ungarische Volk erlassen, in der er seinen Anspruch auf den ungarischen Thron aufrecht hält und erklärt, nur der Gewalt der heute maßgebenden Verhältnisse zu weichen, wobei er jedoch volles Vertrauen in die [illegible] Reife des ungarischen Volkes setzt. Der erste Sektionschef im ungarischen Ministerium des Aeußern, Kanya, ist mit der Ausarbeitung dieser feierlichen Erklärung betraut und weilt in Steinamanger.

Emser Pastillen gegen Heiserkeit, Husten

Achtung! [illegible] bis u. Umg. [illegible] Dresdner Volkszeitung [illegible]

[illegible]samen [illegible] Comfrey [illegible] [illegible]lmann [illegible]handlung [illegible]24.

[illegible] Volkszeitung!

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210405/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG